

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Erklärung der Bundesregierung zu den anstehenden Castor-Transporten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
den geplanten Transport von sechs Castor-Behältern in das
Zwischenlager in Gorleben zu stoppen.

Bonn, den 27. Februar 1997

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Die anstehenden Castor-Transporte ins Zwischenlager Gorleben sind der Ausdruck einer verfehlten und unverantwortlichen Atompolitik. Das gefährliche und überflüssige Hin- und Herschieben hochradioaktiven Atommülls löst das Problem der „Entsorgung“ nicht. Das starre Festhalten an der riskanten und unbeherrschbaren Atomtechnologie blockiert seit langem den Einstieg in eine zukunftsorientierte und ökologische Energiewirtschaft.

Der überwiegende Teil der Bevölkerung ist nicht länger bereit, die Folgen dieser Technik zu akzeptieren. Deshalb machen viele Menschen von ihrem Grundrecht auf friedlichen Protest Gebrauch. Sie setzen den unsinnigen Castor-Transporten Formen zivilen Ungehorsams entgegen und bekräftigen damit ihre Forderungen nach einem Ausstieg aus der Atomenergie.

Wer bei Protesten gegen Atomtransporte die Gefährdung von Menschen in Kauf nimmt, geht unkalkulierbare Risiken ein und bringt den Widerstand in Mißkredit. Der Deutsche Bundestag appelliert an alle, ihr Recht auf Widerstand mit friedlichen Mitteln in Anspruch zu nehmen.

Wer gegen den erklärten Willen der Bevölkerung Atomtransporte durchsetzt und provoziert, trägt zur Eskalation des Konfliktes bei.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die Bundesregierung und an Atomkraftwerksbetreiber, die Castor-Transporte zu stoppen. Andernfalls wird eine falsche Energiepolitik mit den falschen Mitteln durchgesetzt.

